

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Wur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Jahrgang monatlich 20.—, aber durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 22.—
Anzeigen-Preise. Die 1. Spalte 32 mm breite Zeile 20.—, außerhalb 25.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1. Spalte 20.—, 2. Spalte 25.—, 3. Spalte 30.—, 4. Spalte 35.—, 5. Spalte 40.—, 6. Spalte 45.—, 7. Spalte 50.—, 8. Spalte 55.—, 9. Spalte 60.—, 10. Spalte 65.—, 11. Spalte 70.—, 12. Spalte 75.—, 13. Spalte 80.—, 14. Spalte 85.—, 15. Spalte 90.—, 16. Spalte 95.—, 17. Spalte 100.—, 18. Spalte 105.—, 19. Spalte 110.—, 20. Spalte 115.—, 21. Spalte 120.—, 22. Spalte 125.—, 23. Spalte 130.—, 24. Spalte 135.—, 25. Spalte 140.—, 26. Spalte 145.—, 27. Spalte 150.—, 28. Spalte 155.—, 29. Spalte 160.—, 30. Spalte 165.—, 31. Spalte 170.—, 32. Spalte 175.—, 33. Spalte 180.—, 34. Spalte 185.—, 35. Spalte 190.—, 36. Spalte 195.—, 37. Spalte 200.—, 38. Spalte 205.—, 39. Spalte 210.—, 40. Spalte 215.—, 41. Spalte 220.—, 42. Spalte 225.—, 43. Spalte 230.—, 44. Spalte 235.—, 45. Spalte 240.—, 46. Spalte 245.—, 47. Spalte 250.—, 48. Spalte 255.—, 49. Spalte 260.—, 50. Spalte 265.—, 51. Spalte 270.—, 52. Spalte 275.—, 53. Spalte 280.—, 54. Spalte 285.—, 55. Spalte 290.—, 56. Spalte 295.—, 57. Spalte 300.—, 58. Spalte 305.—, 59. Spalte 310.—, 60. Spalte 315.—, 61. Spalte 320.—, 62. Spalte 325.—, 63. Spalte 330.—, 64. Spalte 335.—, 65. Spalte 340.—, 66. Spalte 345.—, 67. Spalte 350.—, 68. Spalte 355.—, 69. Spalte 360.—, 70. Spalte 365.—, 71. Spalte 370.—, 72. Spalte 375.—, 73. Spalte 380.—, 74. Spalte 385.—, 75. Spalte 390.—, 76. Spalte 395.—, 77. Spalte 400.—, 78. Spalte 405.—, 79. Spalte 410.—, 80. Spalte 415.—, 81. Spalte 420.—, 82. Spalte 425.—, 83. Spalte 430.—, 84. Spalte 435.—, 85. Spalte 440.—, 86. Spalte 445.—, 87. Spalte 450.—, 88. Spalte 455.—, 89. Spalte 460.—, 90. Spalte 465.—, 91. Spalte 470.—, 92. Spalte 475.—, 93. Spalte 480.—, 94. Spalte 485.—, 95. Spalte 490.—, 96. Spalte 495.—, 97. Spalte 500.—, 98. Spalte 505.—, 99. Spalte 510.—, 100. Spalte 515.—

Gedruckung und Anzeigenverwaltung:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neysch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Muster-Ausstellung
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstr. 26
Fernsprecher: 18351 und 26481

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen
J. A. BRUNO KÖNIG
27 Kamener Straße, 27 Straßenaue 5, Kamener Straße, Telephon 22667

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauf
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Die Konferenz gescheitert.

Die Klippe der Reparationsfrage.
London, 14. August. Die Konferenz ist an der Reparationsfrage gescheitert. Die Konferenz verhandelt jetzt über die Lage Oesterreichs. (W. Z. B.)

Der Verlauf der letzten Sitzung.
Paris, 14. August. Savas erzählt durch seinen Sonderberichterstatter in London, daß die Zusammenkunft, die heute vormittag in der Downingstreet stattfand, um 11 Uhr begann und um 1.55 Uhr beendet war. Lloyd George, Poincaré, Thennis, Schanzer und der japanische Vertreter waren anwesend. Poincaré schlug vor, die interalliierte Entscheidung über den deutschen Moratoriumsentscheid auf Grund der gefahren von dem Vertreter der Savas-Agentur mitgeteilten Bedingungen zu verlegen. Da ein Ausgleich bezüglich der verschiedenen Vorschläge, die von den Alliierten geprüft wurden, gegenwärtig nicht anständig sei, wäre die beste Lösung für die Beibehaltung der Entente und für die gerechte Ausführung des Friedensvertrages und die allgemeine Regelung der Reparationen und Schulden die folgende:

Jedes weitere Moratorium wird Deutschland für die nächsten drei Monate verweigert. Es soll jedoch nichts beschlossen werden vor dem November-Termin. Die Zahlung der am 15. August fälligen Rate soll auf den 1. August mit Rücksicht auf die durch die Konferenz verursachte Verzögerung in der Entscheidung der Reparationskommission verschoben werden. Wohlverstanden würde im Falle der Nichtzahlung einer Rate in den Monaten August, September oder Oktober ein Verbot durch die Wiederentwaffnungs-Kommission festgestellt werden. Die Alliierten sollen von heute ab verschiedene Kontrollmaßnahmen in Anwendung bringen, über die ein Einvernehmen erzielt wurde. Es soll beschlossen werden, daß eine weitere Zusammenkunft der Alliierten Mitte November stattfinden, um die Fragen der Reparationen in ihrer Gesamtheit zu prüfen, d. h. einerseits die Vorbereitung einer Kontrolle, deren Kontrolle ausschließlich dazu bestimmt sein soll, die Durchführung der Anleihe zu erleichtern, ferner die Regelung der alliierten Schulden.

Lloyd George lehnte diese Vorschläge ab. Er schlug den Alliierten vor, sofort ein Moratorium für drei Monate zu bewilligen.

Poincaré erklärte jedoch ausdrücklich, daß er dem nicht zustimmen könne, wenn er nicht als Ausgleich für dieses neue Zugeständnis neue Pfänder erhalte, nämlich die Kontrolle über die Staatsbergwerke und Forsten.

Ein Einvernehmen konnte über diesen letzten Vorschlag nicht erzielt werden. Das veranlaßte die Ministerpräsidenten, sich zu trennen, ohne eine gemeinsame Entscheidung über den deutschen Moratoriumsentscheid treffen zu können. (W. Z. B.)

Sitzung des englischen Kabinetts.
London, 14. August. Heute nachmittags 3 Uhr fand eine Sitzung des britischen Kabinetts statt, an der alle in London anwesenden Minister teilnahmen. (W. Z. B.)

Eine halbamtliche französische Note.

Paris, 14. August. Der Sonderberichterstatter der Savas-Agentur drahtet folgende halbamtliche Note aus London: Mittwoch vormittag wurde in Paris der französische Ministerrat zusammengetreten, um die durch das negative Ergebnis der Londoner Beratungen geschaffene Lage zu prüfen. Da die Alliierten zu keiner Verständigung über die ihren Vertretern in der Reparationskommission bezüglich der Beantwortung des deutschen Memorandums zu erteilenden Anweisungen gelangt seien, werde Poincaré dem französischen Vertreter Dubois erneut die Befugnis erteilen, sich gegen die Gewährung eines Moratoriums auszusprechen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die belgische Regierung ihrem Vertreter ähnliche Befugnis erteile. Unter diesen Umständen würden, wenn die englischen und italienischen Delegierten weiter für das Moratorium einträten, die Stimmen in der Kommission zu gleichen Teilen geteilt sein. Es werde bei dieser Sachlage darauf hingewiesen, daß sich, seitdem der amerikanische Vertreter den Arbeiten der Kommission nicht mehr offiziell betreuhe, der Brauch eingebürgert habe, die Stimme des Vorsitzenden als ausschlaggebend zu betrachten. Dies würde zur Folge haben, daß die Stimme Dubois', der gleichzeitig französischer Vertreter und Vorsitzender der Kommission sei, einen Beschluß zugunsten der Aufrechterhaltung der durch die frühere Entscheidung vom 13. März dieses Jahres bestimmten deutschen Zahlungsverpflichtungen herbeiführen würde. Wenn dagegen Deutschland das Moratorium ohne Zustimmung der französischen Regierung gewährt würde, hätte die französische Regierung die von ihr für notwendig erachteten Maßnahmen sofort bereits ins Auge gefaßt. Poincaré sei in diesem Punkte durch seinen Beschluß der Konferenz gebunden und die französische Regierung wolle sich ihre volle Handlungsfreiheit. Der Ministerpräsident habe es übrigens abgelehnt, irgendeine Erklärung über das Vorgehen ab-

zugeben, das er sich für diesen Fall vorbehalte, so lange er nicht seinen Ministerkollegen über die Lage Bericht erstattet habe. Aber selbst wenn die Stimme des Vorsitzenden nicht ausschlaggebend wäre, würde, auch wenn die übrigen Vertreter für das Moratorium einträten, eine Uebererfüllung des belgischen und französischen Votums in der Reparationskommission juristisch die Ablehnung des Moratoriums bedeuten, da die erforderliche Mehrheit dann nicht zustande käme und da die Qualität der Stimmen zugunsten der Aufrechterhaltung des Status quo ins Gewicht fiel. (wth.)

Die erfolglosen belgisch-italienischen Vermittlungsversuche.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 14. Aug. Schanzer und Thennis hatten heute um 1/10 Uhr eine private Unterhaltung mit Lloyd George. Im Anschluß daran hatte Tittoni eine Unterredung mit Poincaré und fuhr mit ihm zu der Sitzung, die um 11 Uhr in Downingstreet stattfand. An dieser Sitzung beteiligten sich auch die Delegierten Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens und Japans. Nach dieser Sitzung hatte man den Eindruck, daß es im Augenblick unmöglich ist, eine Einigungsformel für den französischen und englischen Standpunkt zu finden. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich seit Sonnabend noch mehr verschärft. Der scharfe Ton der französischen Presse soll Lloyd George sehr verstimmt haben, weil er Poincaré veranlassen dürfte, auch weiterhin an seinem ursprünglichen Standpunkt, der von einem großen Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs unterstützt wird, festzuhalten. Der Vermittlungsversuch der Belgier und Italiener blieb erfolglos. Der belgische Vermittlungsvorsitzende spricht sich für einen Aufschub der Konferenz bis November aus, damit man durch private Unterhaltungen zwischen den Mächten eine Einigung schaffen könne. Die Sicherheitsmaßnahmen, die von den Alliierten bis jetzt einstimmig angenommen worden sind, würden sofort in Kraft treten und Deutschland müßte neue Bürgschaften stellen, die durch große deutsche Handels- und Industrievereinigungen garantiert würden.

Noch keine Entscheidung der Reparationskommission.

Berlin, 14. August. Der Kriegslastenkommission in Paris wurde heute vormittag von der Reparationskommission folgende Note übergeben:

Entgegen der in Ihrem Schreiben vom 13. Juli ausgesprochenen Erwartung, sieht sich die Kommission nicht in der Lage, Ihnen vor dem 15. August ihre Entscheidung auf Ihr Memorandum vom 12. Juli mitzuteilen. Sie wird Sie unverzüglich davon in Kenntnis setzen und gleichzeitig eine Bestimmung über die Frage der Fälligkeit vom 15. August treffen, welche bis zu dieser Entscheidung in der Schwebe bleiben soll.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 14. August. Heute nachmittags um 5 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der es sich auch mit der außenpolitischen Lage beschäftigte.

Die Meinung der englischen Presse.

London, 14. Aug. Der Zusammenbruch der Konferenz für die Reparationsfrage wird in der Abendpresse ausführlich erörtert. Die Blätter betonen, daß die Haltung Poincarés in der Frage der alliierten Kontrolle über die deutschen Staatsforsten und Bergwerke zum Bruch geführt hat. Lloyd George habe mit Unterstützung nicht nur der britischen Minister, sondern auch der übrigen alliierten Staatsmänner einen äußersten Versuch unternommen, bald zu einem Einvernehmen zu gelangen, jedoch ohne Erfolg. Poincaré habe sich unnachgiebig gezeigt. Der Abbruch der Konferenz sei als eine ernste Gefährdung der Entente anzusehen, insbesondere angesichts der äußersten Feindseligkeit und Bitterkeit der französischen Presse bei ihrer Erörterung der britischen Haltung gegenüber dem französischen Plane. Lloyd George sei äußerst enttäuscht über die Wendung, die die Ereignisse genommen haben. Er habe sich die Schwermütigkeit der Stellung des französischen Ministerpräsidenten eingesehen und habe auf alle Arten versucht, zu einem Kompromiß zu gelangen, das für die Alliierten annehmbar wäre und zugleich Poincaré nicht gefährdet hätte. (W. Z. B.)

„Das sinnlose Spiel.“

Paris, 14. August. „Journal des Debats“ schreibt: Welchen Abschluß auch die Londoner Konferenz finden möge, sie sei von jetzt ab dem jämmerlichen Schicksal aller vorangegangenen Konferenzen geweiht, und zwar deshalb, weil man mit demselben veralteten Aktenmaterial nach London gegangen sei, das seit drei Jahren auf dem grünen Tisch der Konferenz hin- und hergeworfen werde. Wird man, fragt das Blatt, immer und ewig dieses sinnlose Spiel fortführen, das bei jeder Partie zu unserem Nachteil ausschlägt, welche Nähe man sich auch geben möge, es der öffentlichen Meinung zu verheimlichen? (W. Z. B.)

Die Herrschaft der Materie.

Der Reichspräsident hat in Breslau unter anderen trefflichen Gedanken, die seine Begrüßungsrede bei Eröffnung der Festspielwoche enthielt, auch dem Wünsche Ausdruck verliehen, daß der neue Staat sich zu einem lebendigen Organismus ausbilden möge, „dem die geistig-kulturellen Güter, dem Kunst und Wissenschaft unveräußerliche Bestandteile seiner lebendigen Kraft sind“. Das ist eine Hoffnung, die uns mit um so wärmerer Freude erfüllt, als in der Gegenwart kein Tag vergeht, an dem nicht Anlaß bestünde, über die geistige Not, über den geistigen Rückschritt unseres Volkes ebenso Klage zu führen, wie über die materielle Verkümmern. Es gab Zeiten, in denen die Einsicht, daß Wissenschaft und Kunst wirklich die Quellen unserer Kraft sind, ziemlich allgemein verbreitet war. Aus der Erkenntnis des beherrschenden Wertes dieser heiligsten Volksgüter heraus hielten der Staat und seine Führer es für ihre Ehrenpflicht, die Entwicklung von Kunst und Wissenschaft mit allen Kräften zu fördern, für ihr bestes Ziel, Mittel- und Stützpunkte dieser Entwicklung zu werden. Und auch die breite Volksmenge hatte Anteil an dieser hohen Einschätzung geistiger Kulturarbeit. Wo einer der Ihren, dem Drange genialischer Kräfte folgend, Dichter, bildender Künstler oder geisteswissenschaftlicher Arbeiter wurde, da stieg er in ihren Augen und nicht selten begleiteten Ehrfurcht und innige Anteilnahme sein Werk. Wir brauchen die Zeiten Carl Augusts von Weimar, die der sächsischen Polenkönige, die des Hofes von Sanssouci nicht wachzurufen, um zu erweisen, daß ein Abgang der Lehre des altgriechischen Philosophen Plato in seiner Schrift vom Staat: Die Philosophen, die Männer der Kunst und Wissenschaft, müssen die ersten im Staatswesen sein! schon manchmal Wirklichkeit war in deutschen Landen. Bis in die Zeit vor dem Weltkriege hinein reicht der Brauch, Geisteskultur und Geistesarbeit als die Fundamente unserer völkischen und staatlichen Existenz unbestritten anzuerkennen. Das ist anders geworden heute. In kleinen Kreisen, die immer spärlicher werden, mag man noch Sinn für die Bedeutung der vom Reichspräsidenten in Breslau hervorgehobenen These haben, daß es wichtig und richtig ist, „das aus früherer Entwicklung auf uns überkommene Wertvolle weiter zu pflegen und dem Neuen einzufügen“. In diesen Kreisen achtet und pflegt man noch immer dementsprechend den altüberlieferten Respekt vor geistiger und künstlerischer Tätigkeit. Die breiten Massen aber haben dafür allen Sinn verloren. Es ist in Amerika und in Frankreich, in England und Italien nicht viel anders, könnte man einwenden. Ein schwacher Trost für uns und für alle, die sich zu besonderem Stolz berechtigt fühlen, daß Deutschland lange Zeiten hindurch der Gralshüter edelsten Menschheitsbesitzes, der eifrigste Förderer von Kunst und Wissenschaft war. Oh, diese deutschen Massen! Wer ihre Seele erforscht, wie sie sich im Alltag verrät, ihre Wünsche und Sehnsüchte aus Gesprächen und Handlungen erlauscht, der weiß, daß wir geistig beinahe mehr verloren haben, als materiell. Es gibt so recht eigentlich nur noch drei Interessensgebiete, die das öffentliche Leben beherrschen, die in ebenjoviel Fragen ausfließen: Was kostet's? Wie hoch ist die nächste Teuerungszulage? Wo gehen wir heute abend hin? Preise, Geld, Vergnügen bestimmen den Horizont des überwiegenden Volksteiles. Der traurige Schluß, den wir hieraus zu ziehen genötigt sind, ist der, daß unser Volk vermaterialisiert ist, wie es bisher für seiner Zeit vermaterialisiert war. Es steht unter der absoluten Herrschaft der Materie.

Wie ist es dahin gekommen? Nach Marx und Engels würde allein die Verindustrialisierung des Zeitalters daran schuld tragen. Man braucht diese Begründung nicht ganz von der Hand zu weisen; bis zu einem gewissen Grade mag sie haltbar sein. Aber selbst zu einem Zeitpunkt, als unsere Industrie nach jahrzehntelanger Entwicklung in ganz anderer Blüte stand als heute, waren der Gung und Drang zur Materie, zu Vergnügen und Geldgewinn, im Volke nicht entfernt so mächtig und so verbreitet, wie sie es heute geworden sind. Das Ausschlaggebende bei der psychischen Verfassung des Volkes von heute ist ganz entschieden das Kriegunglück. Millionen von Kriegsteilnehmern kehrten heim, jahrelang aller geistigen Lust entwöhnt und mit dem Verlangen, sich für den furchtbaren Ernst der Ergebnisse durch freundlichere, oberflächlichere Eindrücke zu entschädigen. Ein Teil von ihnen, dessen Größe beträchtlich sein mag, ist in dem selbstgewählten Strudel unrettbar untergegangen. Auch nach 1871 ist Überlieferungsgemäß diese Erscheinung in kleinerem Umfange zu beobachten gewesen. Während aber damals die Größe des vaterländischen Schicksals und die glänzende Wirtschaftsentwicklung des neuen Reiches allmählich alle Kräfte in seinen Dienst zwang und kulturpolitische Weisheit die führenden Staatsmänner zu hoher Bewertung der geisteswissenschaftlichen Tätigkeit veranlaßte, brachte das Kriegsende von 1918 Deutschlands tiefste Erniedrigung und die elementar rasche Umhellung aller Kräfte auf die Abwehr des immer bedrohlicher werdenden Wirtschaftszusammenbruchs mit sich. Der Versaillesvertrag mit seinen endlosen Forderungen und der Zertrümmerung aller wirtschaftlichen und politischen Souveränität Deutschlands schuf eine grenzenlose, von Tag zu Tag sich steigende Not, die den Sinn für Geistesarbeit,

Dollar (Freiverkehr): 840